

Demokratisierungsprozesse in Afrika –Herausforderungen und Probleme bei der Demokratisierung des schwarzen Kontinents

Urheberin: Theite Otto

INHALTSVERZEICHNIS

Demokratisierungsprozesse in Afrika

Herausforderungen und Probleme bei der Demokratisierung des schwarzen Kontinents

A) Demokratisierungsbestrebungen im Kongo

B) Herausforderungen und Probleme bei der Demokratisierung des schwarzen Kontinents

1. Was ist Demokratie?

- 1.1 Probleme der Begriffsdefinition
- 1.2. Kriterien für Demokratie

2. Koloniales Erbe

- 2.1 Die geerbte Demokratie
- 2.2 Besonderheiten und Problematisierung
- 2.3 Erste Schritte zur Demokratie-historischer Rückblick

3. Herausforderungen bei der Demokratisierung heute

3.1 intern

- 3.1.1 Ethnizität
- 3.1.2 Fehlende Strukturen
 - 3.1.2.1 Schwäche der Opposition/ Einparteienstaat
 - 3.1.2.2 Korruption und Ämterpatronage
 - 3.1.2.3 Anspruch des Militärs

3.2 extern

- 3.2.1 Demokratie als Bedingung externer Geldgeber
- 3.2.2 Schwierigkeiten der sofortigen Umsetzung
- 3.2.3 Scheindemokratien
- 3.2.4 Hilfestellung der Geberländer
- 3.2.5 Regionale Abhängigkeiten und Einflüsse der Nachbarstaaten

C) Ausblick: Entwicklung im Kongo

Anhang:

- 1)Literaturverzeichnis**
- 2)Eigenständigkeitserklärung**

Demokratisierungsprozesse in Afrika

Herausforderungen und Probleme bei der Demokratisierung des schwarzen Kontinents

"Ich begrüße den weit überwiegend friedlichen Verlauf der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Kongo. Der Kongo hat damit einen wichtigen Schritt in Richtung Demokratie geleistet." (Außenminister Dr. Frank Walter Steinmeier am 30.7.2006)¹

A) Am 30. Juli 2006 fanden in der Demokratischen Republik Kongo die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit 45 Jahren statt. Nicht nur die Kongolesen, sondern auch der Rest der Welt, insbesondere der demokratische Westen, verfolgte diese Wahlen mit Spannung und knüpfte, beziehungsweise knüpft, hohe Erwartungen an diesen politischen Wechsel. Nach jahrzehntelang andauernder Diktatur und zahlreichen Staatskrisen scheint es nun, als könne man im Kongo endlich eine friedliche und dauerhafte demokratische Regierung etablieren. Welche Bedeutung dieser Demokratisierung beigemessen wird, lässt sich unter anderem daran erkennen, welchen Einsatz auch die Geberländer und ihre Institutionen zu bringen bereit waren. Mehr als zweitausend internationale Wahlbeobachter wurden entsandt, um freie und faire Wahlen gewährleisten zu können. Zur Absicherung wurden auf Anfrage der Vereinten Nationen zusätzlich zu den 17.000 Soldaten der im Kongo stationierten UN- Peacekeeping- Mission MONUC weitere 2400 europäische Soldaten im Rahmen der EU-Mission EUFOR RD Congo zur Unterstützung geschickt.²

Wie fragil und unsicher die neue demokratische Republik Kongo noch ist, zeigte sich jedoch schon kurz nach der Wahl, als am 21. August 2006 die vorläufigen Wahlergebnisse verkündet wurden. Es kam zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Truppen von Joseph Kabila und Jean-Pierre Bemba Gombo. Beide Kandidaten verfehlten die absolute Mehrheit, und müssen sich nun am 29. Oktober 2006 einer Stichwahl stellen.³ Die politische Entwicklung des Kongo bleibt also weiter spannend. Ob sich die Demokratie wirklich auf Dauer durchsetzen und stabilisieren kann, wird man wohl erst einmal abwarten müssen. Die UN und die EU haben jedoch zugesagt, das Land auf seinem Weg zur Demokratie auch in Zukunft tatkräftig unterstützen zu wollen.

¹ <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2006/060731-BMzuKongo.html>

² Vgl <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Kongo-Einsatz.html>

³ http://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_in_der_Demokratischen_Republik_Kongo_2006

B) 1. Was aber ist eigentlich Demokratie?

1.1 In unserer westlichen Überheblichkeit, wie uns von anderen Staaten schon mal vorgeworfen wird, versuchen wir permanent, den Segen der Demokratie in die Welt hinauszutragen, wenn man jedoch nach einer exakten und allgemein gültigen Begriffsdefinition sucht, stößt man auf so manche Schwierigkeiten, denn Demokratie ist schließlich nicht gleich Demokratie.

1.2 Es gibt kein universelles Einheitsmodell, das sich beliebig über jeden Staat stülpen ließe und dann ein einwandfreies Funktionieren ermöglicht, dennoch, ein paar Grundkriterien haben sich für die Bestimmung einer hinreichenden Demokratie durchgesetzt. Das sind zum einen *Partizipation*, sprich Teilhabe der Bevölkerung bei der Auswahl der Regierenden durch regelmäßige Wahlen, *Rechtstaatlichkeit*, auf der Basis elementarer Menschenrechte und der Rechtsbindung von Politik, sowie geregelter *politischer Wettbewerb*, dies in der Regel in einem Mehrparteiensystem.⁴ Basierend auf diesen Grundpfeilern kann Demokratie jedoch unterschiedlich ausgeformt sein. So gibt es beispielsweise präsidentielle und parlamentarische Demokratien, direkte und indirekte Demokratien und so weiter.

In den meisten Ländern erfährt die Demokratie allgemein eine große Wertschätzung und Anerkennung. Nichtsdestotrotz zeichnet sie sich durch eine gewisse Janusköpfigkeit aus, denn auch Demokratien sind keine automatischen Heilsbringer. Es ist nicht ausreichend einem Land die Demokratie von außen aufzuzuktroieren, sondern es ist unverzichtbar, dass auch ein gesellschaftlicher Rahmen für diese Staatsform existiert, die Bevölkerung ihre Zustimmung zur Demokratie gibt und sich damit identifizieren kann. Ferner kann eine Demokratie nicht ohne demokratische Werte funktionieren. Diese jedoch auf legitime Art und Weise zu verankern, gestaltet sich oft problematisch. Insofern ist Demokratie in vielerlei Hinsicht auch mehr ein Prozess als nur eine Staatsform. Demokratie muss nicht nur von außen gefördert werden, sondern insbesondere von innen gewollt sein, was nicht selten mit einem großen Umdenken bei der Bevölkerung und auf Seiten der Regierenden verbunden ist. Dies lässt sich besonders gut am Beispiel Afrikas veranschaulichen.

2. Afrika ist durchaus nicht per se demokratieunfähig, dennoch sieht sich der schwarze Kontinent mit einigen Besonderheiten konfrontiert, die insbesondere in einem engen Zusammenhang mit seiner Geschichte und dem kolonialen Erbe stehen. Oder sollte man eher vom kolonialen Fluch sprechen? Was sind die Gründe dafür, dass es nach dem Rückzug der Europäer aus Afrika nicht gelang, die demokratischen Herrschaftssysteme der ehemaligen Kolonialmächte zu übernehmen und sie dem befreiten Afrika zunutze zu machen?

⁴ vgl. Olaf Nielinger: „Demokratie und Good Governance in Afrika“, S.79

2.1 Die Antwort liegt im besonderen moralischen Dilemma, in das die Afrikaner mehr oder weniger unverhofft gestürzt wurden, als sich die Kolonialmächte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach und nach zurückzogen. Die Europäer, die ihre Staatsformen meist auf die Kolonien übertragen hatten, wurden von den Afrikanern als Herrschende und als Unterdrücker wahrgenommen, was sie ja in der Tat auch darstellten. Der gesamte Staats- und Verwaltungsapparat war während der Kolonialzeit von Europäern und ein paar wenigen afrikanischen Günstlingen besetzt gewesen. Dem einfachen Volk war weder eine Möglichkeit zur direkten Partizipation noch zur Wahl gegeben. Es gab so gesehen keine Möglichkeit die genaue Funktionsweise dieses Regierungssystems zu verstehen, geschweige denn, sich wahrhaftig damit zu identifizieren. Damit sei nicht gesagt, dass die Afrikaner die demokratischen Werte an sich nicht kannten oder ablehnten, doch aufgrund ihrer Unterdrückung war Demokratie für sie etwas, das zwar für die Europäer galt, für den normalen Afrikaner im Alltag jedoch keine Bedeutung hatte, da er von sämtlichen Vorteilen und Privilegien, die eine Demokratie mit sich bringt, ausgeschlossen war. Der Staat war für sie nicht mehr als ein Unterdrückungsapparat, der allein dem Erhalt der Macht und der Bereitstellung von Rohstoffen und Kolonialwaren diente. Von daher war es auch nicht verwunderlich, dass die Kolonialmächte die staatliche Kontrolle in die Hände derjenigen Afrikaner gaben, die durch europäische Ausbildung mit dem System vertraut waren. Was sie dabei vergaßen, war jedoch, dass genau diese Afrikaner in der Heimat mittlerweile Fremde waren. Die Bevölkerung wurde über Jahre vom Staat ausgebeutet und vom Militär klein gehalten. Die bunt zusammengesetzte Bevölkerung aus verschiedenen Stämmen, Clans, Ethnien und Völkern, konnte nur mit Gewalt zusammengehalten werden.⁵

2.2 Die Herausforderung, auf dieser Grundlage eine funktionierende Demokratie zu etablieren, war in den meisten Fällen einfach zu groß, als dass man sie alleine hätte bewältigen können. Die neuen Eliten wurden letztlich zu nicht mehr als den Nutznießern der einstigen Privilegien der Kolonialherren. Sie kümmerten sich herzlich wenig um den Rest ihrer Landsleute und ebenso, wie einst die Europäer, bedienten sie sich eines komplexen Systems aus Ausbeutung, Diskriminierung, Marginalisierung und Intoleranz. Die Bevölkerung wurde entpolitisiert, die Oppositionsparteien aus dem Weg geräumt und es entwickelten sich brutale Einparteienstaaten, die lediglich die Selbstbereicherung der Regierenden im Sinn hatten.⁶

⁵ Pausewang, Siegfried: Äthiopien: Staatskrise, Rechtsstaatlichkeit und die Reform des Sicherheitssektors in: Tobias Debiel: Der zerbrechliche Frieden, EINE Welt, 2002, S.274

⁶ Ihonbere, Julius: Africa and the New World Order, Chapt. 6, S.2

Eine besondere Rolle spielt dabei auch das Militär, das nicht gewillt war, seine unter den Kolonialherren gewonnene Macht wieder abzugeben oder auch nur einzuschränken. Dort, wo sich das Militär bedroht sah, kam es infolgedessen auch zu Putschen und es konnten sich autoritäre Militärregime bilden, die sich an die Spitze des Staates stellten und despotisch über das Volk herrschten.

Trotz aller Schwierigkeiten hat Afrika seine Bemühungen in Bezug auf die Demokratie nie aufgegeben. Gerade in jüngster Zeit gibt es wieder deutliche und ernsthafte Bestrebungen sich der Demokratie zuzuwenden. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Geldströme der Geberländer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts letztlich immer an das Bekenntnis zur Demokratie und entsprechende Politik geknüpft war. Davon jedoch später mehr, nun geht es erst einmal zurück zu den wirklich demokratischen Anfängen.

2.3 Den ersten Schritt in Richtung Demokratie wagte Benin, das 1990 eine nationale Konferenz konstituierte und gleich darauf eine neue Regierung wählte, nachdem die Gewerkschaften das kränkelnde marxistische Militärregime während der Wirtschaftskrise geschickt überrannt hatten. Aus dieser Wahl ging nicht nur ein Mehrparteiensystem hervor, sondern auch der Presse wurde freie Berichterstattung zugestanden, was für die Verwirklichung demokratischer Grundsätze von großer Bedeutung war. Kongo-Brazzaville, Mali und Tschad zogen kurz darauf erfolgreich nach und konnten ebenfalls Mehrparteiensysteme etablieren. Auch Niger konnte sich eine Demokratie erkämpfen, im wahrsten Sinne des Wortes, denn das Militär beschoss die aufbegehrende Zivilbevölkerung und richtete ein grausames Blutbad an. Dennoch, es hatte den Anschein, als hätte Afrika den Grundstein für die Demokratie und stabile politische Verhältnisse gelegt.⁷

Besondere Beachtung sollte hierbei der Tatsache beigemessen werden, dass die anfänglichen afrikanischen Demokratiebestrebungen ausschließlich von innen heraus kamen. Die Menschen befürworteten aktiv die Demokratie, da sie sich nach langen Jahren der Repression, Gewalt und politischen Unruhen endlich ein stabiles und friedliches Regierungssystem schaffen wollten, in dem sie als gleichberechtigte Bürger vor dem Staat stehen und die Gesellschaft nicht strikt in Herrscher und Beherrschte unterteilt war. Der Grund für dieses Umdenken ist unter anderem darin zu sehen, dass seit den Siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer mehr Afrikaner Zugang zum Bildungssystem erhielten. Bildung galt als Königsweg zu Wohlstand und sozialem Aufstieg, doch die stagnierende afrikanische Wirtschaft konnte den immer besser ausgebildeten jungen Leuten keine Arbeit in Aussicht stellen. Proteste machten sich breit und insbesondere die neue städtische Bildungselite rief lautstark nach einem Wechsel zur Demokratie, denn Demokratie war aus ihrer Sicht gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Wohlstand und einer allgemeinen Verbesserung der Lebensumstände. Leider gelang es den Kritikern der autoritären Regime

⁷ Marx, Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, S321

jedoch nur in den seltensten Fällen, einen dauerhaften politischen Wechsel auf den Weg zu bringen.⁸

3. Im Folgenden soll nun genauer analysiert werden, worin genau die Herausforderungen bei der Demokratisierung des schwarzen Kontinents liegen und welche Strukturen im Einzelnen dafür verantwortlich gemacht werden können, dass es in Afrika in besonderem Maße schwierig ist, ein demokratisches Regierungssystem zu etablieren. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Demokratisierungsproblemen, die rein innerstaatlich bedingt sind und solchen, die sich erst aus der Tatsache heraus ergeben, dass westliche Demokratien versuchen, auf die afrikanische Demokratisierung Einfluss zu nehmen.

3.1 Da die Problematik der externen Einflussnahme zumeist aus Strukturschwächen im Inneren resultiert, ist es sinnvoll, den Blick zuerst auf die Demokratisierung von Innen zu lenken. Was ist in Afrika so entscheidend anders, dass Demokratie dort nicht so funktionieren kann, wie im Westen?

3.1.1 Der wohl größte Unterschied besteht darin, dass Afrika geprägt ist durch eine sehr komplexe Ethnizität verschiedenster Völker. Um die tatsächliche Bedeutung der Existenz zahlreicher Ethnien verstehen zu können, muss man sich die Begriffsdefinition noch einmal ansehen. Danach bezeichnet Ethnizität die „individuell empfundene Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe, deren gemeinsame Merkmale, z.B. Sprache, Religion beziehungsweise gemeinsame Traditionen sein können.“⁹ Charakteristisch für Afrika ist hierbei, dass das Verhältnis vieler Afrikaner zu ihrer ethnischen Gruppe kein atavistisches ist und so nicht lediglich eine Verwandtschaftsbeziehung oder eine regionale Zugehörigkeit beschreibt. Ethnizität in Afrika bezeichnet ein umspannendes Netz sozialer Verpflichtungen und die Festlegung dessen, was Recht und was Pflicht ist. Viel mehr jedoch heißt es, dass man innerhalb der ethnischen Zugehörigkeit geschützt ist, vor allem in Situationen der Unsicherheit, sprich Krankheit, Tod oder auch nur allein auf Reisen. Die Bindung zur eigenen Ethnie ist demzufolge sehr eng. Sie ist der Rückhalt und die Sicherheit im Leben und oft auch das einzige Bild, das sich ein Afrikaner von Gesellschaft machen kann.¹⁰ Diversität und Pluralismus, wie sie in westlichen Demokratien anzutreffen sind, passen nicht ein solches Weltbild. Das Gemeinschafts- und Gesellschaftsverständnis ist ein völlig anderes.

⁸ vgl, Marx, Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, S.320

⁹ http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=MM4X4B

¹⁰ Berman, Bruce: Ethnicity and the politics of nation-building in Africa, in: Bruce Berman: Ethnicity and democracy in Africa, S.4

In Afrika wird Gesellschaft in einem weitaus engeren Rahmen gedacht als im Westen. Die Identifizierung findet nicht über einen alle vereinenden Nationalstaat statt, sondern allein über die eigene Ethnie, das heißt, oftmals geht das Interesse kaum über den Clan hinaus. Die Regeln und das Leben sind klar strukturiert und ausgezeichnet durch ein stark hierarchisches und autoritäres Denken. Jeder hat seinen Platz und solange er sich an die Spielregeln hält, ergeht es ihm gut. Auflehnung und Infragestellen der Autoritäten gehört jedoch nicht zum afrikanischen Selbstverständnis. Dass es einen Staat gibt, der verschiedene Ethnien umfassen und alle gleichermaßen angemessen vertreten soll, ohne, dass es dabei zu schwerwiegenden Konflikten kommt, ist real nicht denkbar. Insofern ist das Verhältnis der einzelnen Ethnien zum „Staat“ in der Regel auch eher schlecht. Oft spricht man in diesem Zusammenhang auch von einem so genannten politischem Tribalismus, der die kompetitive Konfrontation der verschiedenen Ethnien im Kampf um materielle Ressourcen und die Herrschaft über den Staatsapparat ausdrücken soll. Denn dadurch, dass es kein großes „Wir“ gibt, sondern immer nur der eigene kleine Verbund im Blickpunkt steht, versucht jede Gruppe, allein den für sich größtmöglichen Vorteil raus zu schlagen.¹¹ Das dies für einen funktionierenden Gesamtstaat denkbar schlechte Voraussetzungen sind, ist offensichtlich.

Ferner tritt noch ein weiteres Problem zutage, denn obwohl die ethnische Zugehörigkeit einerseits als einendes Element gesehen wird, schließt das nicht aus, dass es auch innerhalb einer Ethnie zu Konflikten kommen kann. Die Konflikte finden dabei jedoch nicht zwischen denjenigen, die das Sagen haben und den im weitesten Sinne Untergebenen statt, sondern es handelt sich dabei um die Auseinandersetzung zwischen den Eliten der jeweiligen ethnischen Gemeinschaften. Dies drückt sich zumeist über dem Kampf um die politische Vorherrschaft in der Region aus. Ferner wird die verwandtschaftliche Beziehung untereinander zum ausschlaggebenden Kriterium für die Stellung innerhalb der Gruppe gemacht. Dabei kommt es auch immer wieder zu Formen der Manipulation. So wird unterschieden zwischen eingeborenen und ursprünglichen Mitgliedern der ethnischen Gruppe und solchen, die lediglich zugewandert sind und daher keinen Anspruch auf Vertretung durch die „Söhne der Erde“ haben.¹²

Welche Auswirkungen hat die Ethnizität in Afrika nun auf die Demokratie oder wie wird die Demokratie davon beeinflusst? Wesentlich ist, dass zu einer Demokratie Wahlen gehören, das heißt, es gibt die Möglichkeit darüber zu entscheiden, wer einen regieren soll. Dies ist mit dem alten Bild der autoritären Herrschaft schwer in Einklang zu bringen. Einerseits ist es positiv zu sehen, dass der Autoritarismus aufgeweicht wird, doch dies ist nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite macht diese Liberalisierung erst den Konflikt zwischen den

¹¹ vgl. Berman, Bruce: Ethnicity and the politics of nation-building in Africa, in: Bruce Berman: Ethnicity and democracy in Africa, S.5

¹² ebd., S.10

verschiedenen Ethnien möglich, der unter einem autoritären Regime schlicht unterdrückt wurde. Insofern führt Demokratisierung nicht zwangsläufig zu mehr Frieden und Sicherheit oder zu mehr Stabilität.

3.1.2 Eine weitere Herausforderung bei der Demokratisierung ist die Tatsache, dass häufig wirklich demokratische Staatsstrukturen schlichtweg fehlen.

Obwohl es in vielen Ländern eine geschriebene Verfassung gibt, die scheinbar demokratisch ist, kann von einer real praktizierten Demokratie keine Rede sein. Das soll im Folgenden aufgezeigt werden.

3.1.2.1 Zum einen gibt es in den wenigsten afrikanischen Staaten eine richtige Opposition, beziehungsweise, sie wird an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert oder verhindert sich aufgrund innerparteilicher Machtkämpfe selbst. Der gewichtigste Grund für das Fehlen einer Opposition ist darin zu suchen, dass sich in den seltensten Fällen tatsächliche Mehrparteiensysteme bildeten. Der Einparteienstaat setzte sich, zumindest faktisch, besser durch. Oftmals existiert zwar ein Mehrparteiensystem auf dem Papier, tatsächlich sind die Ressourcen jedoch mehrheitlich zugunsten der Regierung aufgeteilt und somit bleiben die Oppositionsparteien erfolg- und machtlos und nicht zuletzt sogar ökonomisch abhängig. Auch das im Allgemeinen stark personalistisch ausgerichtete Herrschaftsverständnis der Afrikaner begünstigte lange Zeit den Einparteienstaat. Die Präsidenten der afrikanischen Präsidentialregime sind zudem mit einer außerordentlichen Machtfülle ausgestattet. Der Übergang zu einer Diktatur ist daher in gewisse Weise fast fließend. Ferner spielt es eine Rolle, dass der Opposition oft nachgesagt wurde, dass sie durch ihre opponente Haltung den nation - building -Prozess behindern würde und dem Staat somit nicht zuträglich sei. Dies schmälerte ihr Ansehen bedeutend. Dass die neuen Eliten an der Spitze eine antidemokratische Kultur verkörperten, fiel bei der gelungenen Diffamierung der Opposition den wenigsten auf, oder sie arrangierten sich einfach damit, im guten Glauben, dass sie so ihrer bürgerlichen Pflicht nachkommen. Seit den Neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts konnte sich die Opposition jedoch in einigen Ländern trotz aller Widrigkeiten realistische Mitwirkungschancen erkämpfen. Leider kommt es jedoch in den meisten Fällen zu Machtkämpfen innerhalb der Oppositionsparteien und infolgedessen häufig zu Zersplitterungen, wodurch die alte Regierung trotzdem erfolgreich ihre Mehrheit halten kann, wie zum Beispiel in Kenia. Generell lässt sich sagen, dass sich die meisten Länder Afrikas heutzutage durch einen hohen Fragmentierungsgrad der Parteien auszeichnen. Zudem kommt es immer wieder zu Boykotten auf Seiten der Opposition und die Regierung zeichnet sich häufiger durch Manipulation der Konkurrenz als durch effektive Arbeit aus. Der Einfluss der Opposition bleibt also ohne merkliche Wirkung für den demokratischen Fortschritt.

3.1.2.2 Ein weiteres Problem, das eine effektive Demokratisierung verhindert, ist die weit verbreitete Korruption und die praktizierte Ämterpatronage. Für viele Mandatsträger ist das politische Amt in erster Linie eine Möglichkeit, sein Brot zu verdienen. Mit Verantwortung für

die Allgemeinheit und dem Bestreben den Staat voranzubringen, hat dass meist nicht viel zu tun. Immer wieder wird Geld aus der Staatskasse abgezweigt und damit der jeweilige Familienhaushalt saniert. Ferner wird die eigene Stellung missbraucht, um zusätzliches Geld zu erwirtschaften, indem man für die Weiterleitung bestimmter Anliegen erst einmal die Hand aufhält. Doch nicht nur die Korruption und die Tatsache, dass die Staatgelder für persönliche Bereicherung missbraucht werden, verdient Tadel.

Auch die Ämterpatronage richtet viel Schaden an, denn dadurch wird eine Stelle nicht mit dem jeweils best Qualifizierten besetzt, sondern mit demjenigen, der die besten Beziehungen hat. Da sich dieses Verhalten durch den ganzen Staats- und Regierungsapparat zieht, hat dies unweigerlich fatale Konsequenzen. Es ist nicht nur scheinbar ungerecht für diejenigen, die nicht an diesem Profitgeschäft teilhaben dürfen, vielmehr führt es zu erheblicher Misswirtschaft und langfristig zu politischem Stillstand. Da sich so mancher Amtsinhaber nicht für die Politik sondern nur für das Geld, das ihm das Amt einbringt, interessiert, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die Parteien selten kompetente Lösungen für die Probleme im Staat parat haben. Bei der Opposition verhält es sich kaum anders und programmatische Beliebigkeit ist die logische Konsequenz.

Doch nicht nur die Regierung beziehungsweise die Opposition haben Defizite hinsichtlich ihrer Demokratiefähigkeit.

3.1.2.3 Ebenso darf man nicht versäumen über die Rolle des Militärs zu sprechen. Früher diente es den Kolonialherren zur Befreiung der Untertanen und konnte sich zahlreiche Privilegien und eine mächtige Stellung im Staat sichern. Heute ist es natürlich nicht gewillt, diese Stellung aufzugeben und die Tatsache, dass das Militär bestens mit Waffen ausgestattet ist und kaum einen starken Gegner im Konflikt befürchten muss, hat eine durchaus einschüchternde Wirkung. Doch nicht nur das. In einigen Staaten, wie zum Beispiel in Algerien, riss das Militär die gesamte Gewalt an sich und gründete ein Militärregime. In diesen Ländern ist es besonders schwierig einen politischen Wandel herbeizuführen, denn Staatsstriche oder Putsche haben hier nur geringe Erfolgsaussichten.

3.2 Doch nun genug über die internen Demokratisierungsprobleme. Wir wollen nun den Blick auf die externe Demokratisierung werfen.

3.2.1 Viele, oder fast alle westlichen Länder, leisten Entwicklungshilfe für Afrika. Diese ist jedoch nicht einfach ein mildtätiges Geschenk an die dritte Welt, sondern man verspricht sich davon auch Erfolge. Einer davon ist das Fortschreiten der Demokratisierung und daher hat man es den afrikanischen Ländern zur Bedingung gemacht, dass sie sich im Gegenzug für die Unterstützung darum bemühen. Das ist zwar einerseits gut gemeint und durchaus löblich, leider hat diese Abmachung jedoch auch ihre Schattenseiten.

Afrika befindet sich in einer ökonomischen Abhängigkeit. Der eigenen Wirtschaft geht es zumeist schlecht und die Gelder aus dem Westen sind dringend notwendig zur Existenzsicherung. Immer wieder wird darum der Vorwurf laut, diese politische Konditionalisierung sei nur eine neue Form von westlicher Hegemonialpolitik. Nichtsdestotrotz konnten kleine Fortschritte erreicht werden.

3.2.2 Probleme stellt jedoch der erhebliche Mangel an Durchsetzungsfähigkeit sozialer Disziplin dar, die Gesetzgebung ist defizitär und oft werden Gesetze schlicht nicht eingehalten.¹³ Ferner sind die Volksvertreter häufig unqualifiziert, korrupt und Probleme werden lediglich auf kurze Sicht betrachtet, das heißt man lebt von Wahl zu Wahl, langfristige Lösungen gibt es nicht, wenn es überhaupt Lösungen statt nur Versprechen gibt.

3.2.3 Nicht selten kommt es auch zur Etablierung regelrechter Scheindemokratien. Wahlen werden zwar offiziell abgehalten, abseits setzt man die Opposition jedoch gewaltsam außer Gefecht oder die Regierungspartei gründet selbst Oppositionsparteien, um eine Stimmverteilung zu ihren Gunsten zu erreichen. Der Vorwurf des Betrugs steht sowieso nach fast jeder Wahl im Raum und ohne externe Hilfe schaffen es die wenigsten Länder, die Demokratie von Anfang an erfolgreich umzusetzen. Oft kann man die Demokratie ja nicht einmal auf demokratischem Wege etablieren. Wie oft mussten ausländische Truppen in Afrika militärisch intervenieren, um die Demokratie auf den Weg bringen zu können? Da ergibt sich durchaus ein nicht zu unterschätzendes Legitimationsproblem, dennoch versucht man den systematischen Wandel - aus der Überzeugung heraus, dass Afrika damit langfristig am besten gedient sei.

3.2.4 Um den demokratischen Übergang in Afrika zu erleichtern, ist es meist nötig, dass externe Maßnahmen zur Förderung des Staates ergriffen werden. Das heißt unter anderem, die politische Bildung voranzutreiben, das Demokratieverständnis der Bevölkerung zu erhöhen, die Freiheit der Medien zu gewährleisten und die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern, um insgesamt eine möglichst breite Zustimmung zum System zu erreichen. Ferner ist es erforderlich den gesamten Staatsapparat zu beobachten und zu fördern.

¹³ vgl. Olaf Nielinger: „Demokratie und Good Governance in Afrika“, S.102

Konkret heißt das, eine Sensibilisierung der Akteure vorzunehmen, Verfassungs- und Gesetzesberatung anzubieten und eine Dezentralisierung des Staates voranzutreiben.

Doch es stellt sich die Frage, ob Afrika wirklich schon bereit für diesen kompletten Wandel ist und auch, ob sich die Geberländer nicht zu viel auf einmal vornehmen. Die afrikanische politische Kultur ist nicht im Mindesten mit der westlichen zu vergleichen und ein politischer Wandel, der durch den Zwang der Abhängigkeit und nicht von innen heraus kommt hat vielleicht keine dauerhafte Chance. Ferner hat sich gezeigt, dass manche Regime geschickt taktieren, um den Westen in dem Glauben zu lassen, sie würden sich demokratischen Grundsätzen verpflichten, dabei existiert die Demokratie nur auf dem Papier und nicht in der Realität der Bevölkerung. Bei der großen Anzahl afrikanischer Länder, die noch immer mitten im Transitionsprozess stecken, ist es aber schwierig überall helfend einzugreifen und auch zu kontrollieren, inwieweit die Demokratie tatsächlich Einzug findet.

3.2.5 Eine weitere externe Herausforderung für Afrika besteht zudem darin, dass die afrikanischen Nachbarländer aufs engste miteinander verbunden sind und sowohl Krisen als auch positive Entwicklungen in einem Land direkte Auswirkungen auf die angrenzenden Staaten haben. Insbesondere regionale Konflikte können schnell überschwappen und somit die demokratischen Fortschritte wieder in Gefahr bringen. Im umgekehrten Falle gilt jedoch auch, dass Demokratiebestrebungen und ein sichtbarer Erfolg zur Nachahmung in anderen Ländern einladen.

Aus diesem Grunde reicht es im Allgemeinen auch nicht aus, lediglich ein einzelnes Land isoliert stabilisieren und demokratisieren zu wollen, sondern man sollte dies immer auch in Anbetracht der politischen Situation in den jeweiligen Nachbarländern tun. Gegebenenfalls ist es daher auch sinnvoll, ein regionales Konzept in Erwägung ziehen oder zumindest empfiehlt es sich, eventuell auftretende Nebeneffekte einzuplanen.

C)

Abschließend lässt sich festhalten, dass Demokratisierung in Afrika ein langwieriger und schwieriger Prozess ist, der nicht nur externe Unterstützung, sondern in erster Linie ein Umdenken in der Bevölkerung voraussetzt. Ohne den Willen der Afrikaner selbst hin zu einer demokratischen Konsolidierung wird sich dieses Projekt nicht verwirklichen lassen.

Die Demokratische Republik Kongo wagt derzeit einen erneuten Versuch hin zu mehr Demokratie. Dass dies trotz gutem Willen und ausgeprägter politischer Partizipation in Form von hoher Wahlbeteiligung eine riesige Herausforderung darstellt, zeigt nicht nur das internationale Truppenkontingent, das eine faire Wahl ermöglichen sollte. Nachdem die Wahl zwar zur Freude der demokratischen Geberländer weitestgehend friedlich verlief, gibt es nur wenige Wochen später schon wieder bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Wie die weitere Entwicklung des Kongo aussieht, wird maßgeblich durch den Ausgang der Stichwahl zum Präsidenten im Oktober 2006 bestimmt werden. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Demokratie durch Wahlen allein nicht eingeführt werden kann und im Falle des Kongo wird man die Demokratisierung ohne das Eingreifen externer Akteure vorerst nicht bewältigen können.

Literaturverzeichnis

Berman, Bruce: Ethnicity & the Politics of Democratic Nation-Building in Africa, in: Bruce Berman (ed.) Ethnicity and democracy in Africa, Oxford: Currey, (2004).

Debiel, Tobias: Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung, Bonn: Verlag J.H.W Dietz Nachf. GmbH, (2002).

Ihonbere, Julius: Africa and the New World Order, New York: Lang, (2000)

Marx, Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn; München [u.a.]: Schöningh, (2004).

Nielinger, Olaf: Demokratie und Good Governance in Afrika. Internationale Demokratisierungshilfe als neues entwicklungspolitisches Paradigma?, Hamburg: Demokratie und Entwicklung, 30, (1998).

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=MM4X4B (Stand: 3.10.2006)

http://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_in_der_Demokratischen_Republik_Kongo_2006 (Stand: 3.10.2006)

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Kongo-Einsatz.html> (Stand: 10.10.2006)

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2006/060731-BMzuKongo.html>

(Stand: 10.10.2006)